



KÖRPERSCHAFTSTEUER / VERMÖGENSTEUER

BUDGETENTWURF 2013

Der am 7. November diesen Jahres vom Finanzminister Luc Frieden in der Abgeordnetenkommission hinterlegte Budgetentwurf für 2013 (Gesetzesentwurf Nr. 6497) ist Teil einer entschlossenen Sparpolitik.

In der Begründung des Gesetzesentwurfs unterstreicht die Regierung die Notwendigkeit, neben „einer Reduzierung der Ausgaben (...) die Erhöhung einer Reihe von Steuern durch die Änderung einiger Steuergesetze vorzusehen“.

Die Steuerlast würde zwischen den Unternehmen und den Haushalten aufgeteilt werden. Konkret schlägt sich dies in den folgenden Maßnahmen nieder:

Besteuerung der Gesellschaften

➤ Direkte Steuern

Erhöhung des Beitrags zum Beschäftigungsfonds von 5% auf 7%. Dieser Zuschlag, der auf den Betrag der Körperschaftsteuer angewandt wird, würde die Gesamtsteuer (einschließlich der kommunalen Gewerbesteuer) für Gesellschaften mit Sitz in Luxemburg-Stadt von 28,80% auf 29,22% anheben.

Erhöhung der Mindestkörperschaftsteuer und Erweiterung ihres Anwendungsbereichs: Die Mindeststeuer von 1.500 € (1.575 €, einschließlich des Beitrags zum Beschäftigungsfonds) betrifft derzeit die Körperschaften, deren Geschäftstätigkeit weder einer ministeriellen Genehmigung (Niederlassungserlaubnis) noch der Genehmigung einer Aufsichtsbehörde (CSSF) bedarf und bei denen die Summe aus Finanzanlagen, Wertpapieren, Bank- und Postscheckguthaben, Schecks und Kassenbestand 90% der Bilanzsumme übersteigt.

Diese Steuer würde auf 3.000 € (3.210 €, einschließlich des auf 7% erhöhten Beitrags zum Beschäftigungsfonds) angehoben werden. Ihre Bemessungsgrundlage würde jedoch ebenfalls geklärt und erweitert werden, um auf diese Weise bisher praktizierte Optimierungen zu beenden. So werden durch den Gesetzesentwurf ausdrücklich die „Forderungen an verbundene Unternehmen und an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ hinzugefügt. Die innerkonzernlichen Forderungen wären somit in die Berechnung des 90%-Koeffizienten einzubeziehen.



Der Gesetzentwurf besagt auch, dass „im Falle der an gemeinsamen Unternehmen gehaltenen Anteile allgemein davon ausgegangen wird, dass sie auf den Konten 231 und 233 des Standardkontenrahmens gebucht werden“.

Die Anteile an transparenten Gesellschaften müssten somit in der Bilanz ausgewiesen werden und dürften nicht zu Optimierungen wie beispielsweise der Buchung von Vermögenswerten der transparenten Gesellschaften führen (Beispiel: Ersatz von Gesellschaftsanteilen durch die von der Tochtergesellschaft gehaltene Immobilie, um das Erreichen der 90%-Grenze zu vermeiden). Diese Anteile wären infolgedessen bei der Berechnung des 90%-Koeffizienten zu berücksichtigen.

Im Bemühen um mehr Klarheit nennt der Gesetzentwurf ausdrücklich die Konten des Standardkontenrahmens, nämlich die Konten 23, 41, 50 und 51, auf die für die Berechnung des 90%-Koeffizienten Bezug zu nehmen ist.

Handelt es sich bei den von der Mindeststeuer in Höhe von 3.000 € betroffenen Gesellschaften um Finanzbeteiligungsgesellschaften (*Soparfis*) (Verwaltung von Beteiligungen), wird jedoch für die anderen Körperschaften, die nicht von der ersten Steuer betroffen sind, eine neue Mindeststeuer eingeführt.

Somit hat eine Handelsgesellschaft eine mit ihrer Bilanzsumme verbundene Mindeststeuer zu zahlen, d.h.:

Mindeststeuer (einschließlich des Beitrags zum Beschäftigungsfonds)	Summe der Schlussbilanz
535 €	≤ 350.000 €
1.605 €	350.001 – 2.000.000 €
5.350 €	2.000.001 – 10.000.000 €
10.700 €	10.000.001 – 15.000.000 €
16.050 €	15.000.001 – 20.000.000 €
21.400 €	> 20.000.000 €

Eine Verluste aufweisende Gesellschaft muss demnach eine Mindeststeuer zahlen, die mit dem in ihrer Schlussbilanz ausgewiesenen Betrag verbunden ist, beispielsweise 5.350 € im Falle einer Gesellschaft mit einer Bilanzsumme von 3.000.000 €.



Eine Gesellschaft, deren Steuer auf ihr steuerbares Ergebnis unter der Mindeststeuer liegt, muss Letztere ebenso entrichten. Beispielsweise 10.700 € Mindeststeuer für eine Gesellschaft mit einer Bilanzsumme von 11.000.000 €, obwohl nach Anrechnung der Steuergutschriften nur 6.000 € Steuern gemäß ihrem steuerbaren Ergebnis hätten gezahlt werden müssen.

Die Steuergutschriften (Vergünstigungen) sind zudem nicht auf die Mindeststeuer anzurechnen.

Abschließend besagt der Gesetzentwurf ausdrücklich, dass im Falle einer steuerlichen Organschaft die von der Dachgesellschaft geschuldete Steuer „um die (Mindest-) Steuer zu erhöhen ist, die bei nicht Anwendung der (steuerlichen Organschaft) von jeder der Konzerngesellschaften abzuführen wäre“. Die steuerliche Organschaft führt somit in keiner Weise zur Verminderung der neuen Maßnahmen, während zur Zeit die Mindeststeuer derzeit nur einmal für den gesamten Konzern auf Ebene der Dachgesellschaft geschuldet wird.

Verminderung der Steuervergünstigung für Investitionen: Der Satz der Steuervergünstigung für zusätzliche Investitionen geht von 13% auf 12% zurück, derjenige der Steuervergünstigungen für Gesamtinvestitionen verringert sich von 3% auf 2% (Investitionstranche höher als 150.000 €). Der 7%-Satz der Steuervergünstigung für Gesamtinvestitionen wird hingegen für die Investitionstranche kleiner oder gleich 150.000 € beibehalten.

Rücklage zur Verminderung der Vermögensteuer: Die Körperschaften, die der Vermögensteuer von 0,5% auf ihren Einheitswert unterliegen, können gemäß Paragraph 8a des Vermögensteuergesetzes eine Verminderung oder sogar einen vollständigen Erlass der Steuer erhalten. Sie müssen dafür eine Rücklage bilden, die dem Fünffachen des fälligen Steuerbetrags entspricht, und diese für 5 Jahre in der Bilanz erhalten.

Wenn der Betrag der Körperschaftsteuer, erhöht um den Beitrag zum Beschäftigungsfonds, den Betrag der Vermögensteuer überschreitet, ist die Verminderung der Vermögensteuer derzeit auf den Betrag der Körperschaftsteuer (vor Anrechnung der Steuergutschriften) begrenzt.

Gemäß dem Gesetzentwurf würde der vorgenannte Grenzwert vermindert werden um:

- etwaige Steuergutschriften und
- den Betrag der Mindeststeuer.

Es sei darauf hingewiesen, dass das Verfahren für jede Einheit einer steuerlichen Organschaft gleich bleibt, wobei sich Letztere dabei noch nicht auf den Grenzwert auswirkt (Verminderung des Grenzwerts durch jegliche Steuergutschriften aller in die Organschaft einbezogenen Gesellschaften).



➤ MwSt.

MwSt. auf Wohnungsbau von 3%: Die steuerliche Begünstigung des Baus / Kaufs vom Plan / der Renovierung von Wohnungen, die derzeit auf 60.000 € begrenzt ist, würde wieder auf ihren Betrag von 2008 herabgesetzt werden, d.h. 50.000 € pro Wohnung.

Es sei daran erinnert, dass diese steuerliche Förderung nur auf Wohnungen, die als Hauptwohnungen verwendet werden, Anwendung findet und den Kostenunterschied zwischen dem Standardmehrwertsteuersatz von 15% und dem tatsächlich angewandten Steuersatz von 3% darstellt.

Freibetrag für kleine Unternehmen: Der Grenzwert für die MwSt.-Registrierung eines Unternehmens wird von 10.000 € auf 25.000 € angehoben. Ein Unternehmen, dessen Umsatz weniger als 25.000 € beträgt, muss seinen Kunden demnach keine Mehrwertsteuer in Rechnung stellen.

Es sei daran erinnert, dass das Unternehmen die Vorsteuer, die es selbst verauslagt hat, auch nicht in Abzug bringen kann. Der Unternehmer hat jedoch die Möglichkeit, für eine Mehrwertsteuerpflicht zu optieren.

Besteuerung der natürlichen Personen

- Der Abzug der Fahrtkosten zwischen dem Wohnsitz und der Arbeitsstätte würde um 396 € verringert werden,
- Der Abzug der Schuldzinsen als Sonderausgaben wäre auf 336 € pro Person, die dem Haushalt angehört, anstelle von 672 € begrenzt,
- Der Höchststeuersatz würde von 39% auf 40% für die Steuerpflichtigen angehoben werden, die in der Steuerklasse 1 100.000 € und in der Steuerklasse 2 200.000 € überschreiten,
- Für die Ausgabe der Steuerkarten wird ausschließlich die *Administration des Contributions directes* und nicht mehr die Gemeinden zuständig sein. Darüber hinaus sollte der Steuerzensus abgeschafft werden.
- Der Beitrag zum Beschäftigungsfonds würde von 4% auf 7% für die Steuerpflichtigen angehoben werden, deren steuerbares Einkommen 150.000 € (in der Steuerklasse 1 und 1a) und 300.000 € (in der Steuerklasse 2) nicht überschreitet. Werden diese Beträge überschritten, erhöht sich der Beitrag zum Beschäftigungsfonds von 6% auf 9%.



- Das Rundschreiben LIR Nr. 104/2 vom 11. Januar 2002 über die Besteuerung von Aktienoptionsplänen (Stock Options) müsste im Hinblick auf seinen Anwendungsbereich geändert werden.

Im Falle der Verabschiedung des Gesetzentwurfs sollten diese Maßnahmen alle zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.